

der Notzeit die Sterberate nicht weiter abnahm, dass die Ausländerquote von 17% etwas sank, das Oberland bevölkerungsmässig wuchs, das Unterland aber stagnierte, dass die liechtensteinische Geburtenrate im Vergleich zur Schweiz wie zu Österreich und auch zum benachbarten Sarganserland und zu Vorarlberg deutlich höher lag.

Zur Innenpolitik wurde für das Krisenjahrzehnt zuerst die «Sparkassa-Affäre» von 1928, welche zum Regierungssturz der Volkspartei und zum Machtantritt der Bürgerpartei führte, untersucht, der Betrugskomplex, die politische Instrumentalisierung, Prozess und Ministeranklage, die Entstehung eines Sparkassa-Mythos. Zum Verlauf der Wirtschaftskrise in Liechtenstein wurden Struktur und Lage der kleinen Volkswirtschaft anfangs der Dreissigerjahre analysiert und danach die Auswirkungen der Krise auf Industrie, Beschäftigung, Auslandsaisonarbeit, Viehexport und bäuerlichen Erwerb studiert, dazu soziale Folgen wie Verschuldung, Betreibungen, Konkurse, Armut, Kriminalität, Alkohol, Selbstmorde untersucht. Die Reaktionen von Privaten und Verbänden auf den Krisenverlauf wurden verfolgt – von Bauern, Handel und Gewerbe, Arbeiterschaft. In Liechtenstein tauchten wie anderswo Krisenrezepte auf, so ständestaatliche Ideen und eine Freiwirtschaftsbewegung. Abhilfe erwartete man in der Wirtschaftsnot vor allem vom Staat und der eigenen Partei. Staatliche Krisenbekämpfungspolitik – vor allem Arbeitsbeschaffungsmassnahmen im Bausektor, aber auch Industrialisierungsbemühungen und Gewerbeförderung – wurde bis zum Kriegsausbruch in wachsendem Masse betrieben. Die Betrachtung der öffentlichen Haushalte zeigt, dass die Krisenmassnahmen – so der Kanalbau – nicht etwa über «deficit-spending», sondern aus den vier gerade im Krisenjahrzehnt anwachsenden spezifisch liechtensteinischen Einnahmensäulen finanziert werden konnten, nämlich aus dem Gesellschaftswesen, den Briefmarken, den Einbürgerungstaxen und der Zollpauschale des Zollvertrags mit der Schweiz.

Zu untersuchen waren die Parteien und ihre Politik, die ab 1928 regierende «Fortschrittliche Bürgerpartei» («schwarz»), die in die Opposition gedrängte «Christlich-soziale Volkspartei» («rot»), auch die kurzlebige «Liechtensteinische Freiwirtschaftsbewegung», mit dem Fall Ude. Zu untersuchen war speziell der Entführungsfall Rotter vom Frühjahr 1933, mit welchem sich nationalsozialistischer Gewaltgeist auch hier zu manifestieren begann. Eingehend zu betrachten war der im Herbst 1933 entstehende «Liechtensteiner Heimatdienst», der als frontistische Bewegung auftrat, antiliberale, ständestaatliche